

### **Die liberale Bürgergesellschaft braucht Zusammenhalt und Mitverantwortung.**

Freiheit bedeutet nicht gesellschaftliche Vereinzelung und Bindungslosigkeit. Für Liberale sind alle Gemeinschaften wertvoll, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Die Liberale Bürgergesellschaft ist eine Teilhabegesellschaft, weil sie nicht aus verordneten Gemeinschaften besteht, sondern weil sich die Bürger aus eigener Initiative in freiwilligen Zusammenschlüssen selbst organisieren.

**Ehe und Familie** sind tragende Verantwortungsgemeinschaften in der Bürgergesellschaft, die zu Recht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes stehen. Die Familie bedarf der besonderen Förderung, um die bisherigen Benachteiligungen auszuräumen. Familienpolitische Leistungen sind keine sozialen Wohltaten, sondern eine Investition in unsere Zukunft. Neben die Ehe treten heute andere Formen des Zusammenlebens. Für Liberale sind **alle Lebensgemeinschaften wertvoll**, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Verantwortungsgemeinschaften dürfen nicht diskriminiert werden; rechtliche Benachteiligungen für neue Verantwortungsgemeinschaften müssen abgeschafft werden. Dazu gehört auch, daß Kinder in all diesen Verantwortungsgemeinschaften geschützt und besser gefördert werden. Der heutige Umgang mit Kindern bestimmt den Charakter der Gesellschaft von morgen.

Wir wollen den gesellschaftlichen Freiraum schaffen, in dem Frauen und Männer einen **Kinderwunsch realisieren** können. Echte Freiheit bei der Entscheidung erfordert, daß der Staat familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingungen schafft und unfaire Nachteile ausgleicht. Niemand soll sich für Kinder oder Kinderlosigkeit – sei sie gewollt oder ungewollt – entschuldigen müssen. Wir wollen zu einem gesellschaftlichen Klima beitragen, das mehr Menschen ermutigt, sich Kinder als Teil ihres Lebens zu wünschen.

Das familiäre Zusammenleben, die Erziehung und das Heranwachsen von Kindern dürfen nicht verstaatlicht werden. Staatliche Eingriffe in die Familie selbst bedürfen einer besonderen Rechtfertigung. Liberale wollen **keine Rundum-Erziehung** von Kindern **durch staatliche Institutionen**. Die Frage nach dem Verhältnis von Familie, Erziehung und Staat trifft den Kernbereich freiheitlich-demokratischer Grundordnung. Das bedeutet aber auch, daß zuallererst die Eltern ihrer Verantwortung bei der Erziehung gerecht werden müssen.

Die FDP will Flexibilität im Arbeitsmarkt und im Erwerbsleben für eine bessere **Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit**. Die Entscheidung zur Gründung einer Familie erfolgt oft zu spät. Berufliche Laufbahnen erschweren Frauen und Männern die Entscheidung für Kinder. Die Rückkehrbereitschaft in den Beruf wird nicht ausreichend unterstützt. Wir setzen auf eine qualitative Verbesserung und Flexibilisierung des Angebots für Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und die Kostenfreiheit des Halbtagsplatzes im Kindergarten. Für Mütter und Väter, die sich für eine Berufstätigkeit entscheiden, soll auch in Ferienzeiten ein Angebot in Kinderkrippen und Kindergärten angeboten werden.

Es soll mittelfristig ein bundesweiter Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder bereits im dritten Lebensjahr geschaffen werden. Es ist nicht länger zu vertreten, daß in der wichtigsten und effektivsten Bildungsphase, dem Kleinkindalter, Bildung mit Kosten für die Eltern belastet wird. Ein **Halbtagskindergarten** – bzw.

KITA-Platz – soll daher ab dem vierten Lebensjahr nach und nach für die Eltern **entgeltfrei** werden.

### **Die Familie muß wieder gestärkt werden.**

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Mehr noch: Sie sind die Zukunft des eigenen Lebens. Wir sollten sie weder vorrangig als volkswirtschaftlichen Faktor noch als Armutsrisiko sehen. Kinder sind nicht nur Teil einer Familie. Wir müssen sie auch als eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten und Pflichten anerkennen. Deshalb wollen wir nicht nur eine **starke Familienpolitik**, sondern auch eine **gezielte Kinder- und Jugendpolitik**. Diese muß in alle Politikfelder die spezifischen Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen, besonders durch deren Partizipation, einfließen lassen.

In der familienpolitischen Diskussion stehen heute oft die Belastungen bei der Kindererziehung im Vordergrund. So ist es traurige Wirklichkeit, daß Kinder das Armutsrisiko der Eltern erhöhen können und es schwierig ist, Beruf und Familie zu vereinbaren.

**Demographische Veränderungen** haben einen langen Vorlauf. Seit Jahren gehen in Deutschland die Kinderzahlen zurück. Seit Anfang der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts ist jede Kindergeneration um ein Drittel kleiner als die ihrer Eltern.

Die FDP hat ein neues Steuerkonzept vorgeschlagen – mit einem vollen **Grundfreibetrag von 7.700 Euro für jedes Kind** ebenso wie für jeden Erwachsenen. Ein Ehepaar mit zwei Kindern zahlt erst ab einem Jahreseinkommen von 30.800 Euro Steuern, unter Ausnutzung der Abzugsmöglichkeiten für Vorsorgeaufwendungen sogar erst ab 38.600 Euro. Bei Kindergeld und Freibetrag bauen wir die ungleiche Förderung von Familien mit höherem und niedrigerem Einkommen ab. Für Familien mit kleinerem Einkommen will die FDP das Kindergeld auf 200 Euro pro Kind und Monat anheben. Davon profitieren natürlich auch Alleinerziehende.

Wir wollen die **Steuerklasse V abschaffen**. Sie vermindert die Arbeitsanreize für den geringer Verdienenden unter Verheirateten, um so mehr, je weiter die Einkommen der Ehepartner auseinander liegen. In der Regel sind es verheiratete Frauen, die wegen des niedrigen monatlichen Nettogehaltes durch die Steuerklasse V subjektiv demotiviert werden, ins Berufsleben zurückzukehren. Das ist im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und den wachsenden Fachkräftemangel am Arbeitsmarkt ein falsches volkswirtschaftliches Steuerungssignal.

Ein weiterer Pluspunkt für Menschen, die wegen ihrer Erwerbstätigkeit eine **Tagesmutter oder Haushaltshilfe** oder eine Pflegekraft für hilfsbedürftige Angehörige beschäftigen: Aufwendungen dafür müssen bis zur Höhe von 12.000 Euro als Sonderausgaben steuerlich abgezogen werden können. Damit werden Privathaushalte als Arbeitgeber anerkannt: ein attraktiver Weg aus der massenhaften Schwarzarbeit.

Der Staat muß die **gesellschaftlichen Realitäten berücksichtigen** und der heutigen Lebensplanung der Bürger Rechnung tragen. Frauen und Männer wünschen gesellschaftliche, berufliche und familiäre Teilhabe. Immer mehr

Menschen suchen nach Wegen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nicht nur Mütter, sondern vermehrt auch Väter suchen eine Verbindung von Karriere und erfülltem Privatleben.

Voraussetzung hierfür sind unter anderem gesetzliche Regelungen für ein tragbares familiäres Zusammenleben. Deshalb wird die FDP das **Unterhaltsrecht** sozial und verantwortungsbewußt **reformieren** und grundlegend vereinfachen. Minderjährige Kinder und Kinder in der Schulausbildung haben unbedingten Vorrang vor allen anderen Unterhaltsberechtigten. Unterhaltsansprüche von geschiedenen und nichtehelichen Elternteilen, die ihre Kinder erziehen, müssen angenähert werden.

Damit endlich private und berufliche Interessen von Eltern besser in Einklang gebracht werden können, fordert die FDP die **Deregulierung und Flexibilisierung des deutschen Arbeitsmarkts**. Dabei reicht eine Beschränkung auf traditionelle starre Teilzeitleösungen nicht aus. Eltern müssen sich auch dafür entscheiden können, eine flexibilisierte Vollbeschäftigung zu erhalten – gleichzeitig oder im Wechsel mit reinen Familienphasen. Deshalb müssen kreative Modelle in Hinblick auf Arbeitsort (Telearbeit etc.) und Arbeitszeit (Arbeitszeitkonten etc.) erleichtert und gefördert werden.

Die Frage, entweder Kind oder Karriere, darf sich nicht stellen. Familie und Beruf müssen vereinbar sein. Der Schlüssel hierzu ist der **bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten**. Diese müssen bereits ab Ende des Mutterschutzes (acht Wochen nach Geburt) angeboten werden. Das Angebot an Betreuungsplätzen muß zudem um Ganztagsangebote mit Mittagsverpflegung erweitert und die Öffnungszeiten flexibilisiert werden.

Betreuung heißt aber nicht Verwahrung, sondern **Förderung des Kindes**. Schon der Kindergarten hat einen Erziehungs- und Bildungsauftrag. Eine Qualitätsoffensive muß sicherstellen, daß, orientiert am Wohl des Kindes, Kompetenzen wie Sprachfähigkeit, Lernmotivation und Selbstsicherheit vermittelt werden

Wir unterstützen die Einführung von mehr **Ganztagschulen** in unterschiedlichen Ausprägungen als Angebot für Schülerinnen und Schüler in allen Schularten. Die Ganztagschule hat für uns nicht nur bildungspolitische, sondern auch frauen- und jugendpolitische Gründe. Wir wollen Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, ohne daß sie um die Betreuung ihrer Kinder Sorge haben müssen. Die Ganztagschule soll Begabungen der Kinder und Jugendlichen fördern und Defizite kompensieren. Die Ganztagsangebote müssen an den Schulen in Zusammenarbeit mit Schulträgern, Eltern, Schülern, Vereinen, Verbänden, Institutionen und ortsansässigen Unternehmen bedarfsgerecht erarbeitet und entwickelt werden. In diesem Sinne sollen durch Zusatzangebote ergänzende pädagogische Möglichkeiten und Chancen geschaffen werden.

**Familienfreundlichkeit** muß als **Standortfaktor** erkannt und gezielt verstärkt werden. Vorbildliche Kommunen zeigen, wie in Kooperation aller Akteure vor Ort die Angebote für Familien bei Betreuung, Schule, Verkehr, Wohnumfeld, Jugendhilfe, Vereinen etc. verbessert werden können. Dies dient einer günstigen Bevölkerungs- und letztlich auch Wirtschaftsstruktur.

Wir machen uns für eine **familienfreundliche Personalpolitik** stark. In zukunftsweisenden Firmen gibt es schon heute sogenannte „Work-Life-Programme“ zur gelungenen Vereinbarkeit von Beruf- und Privatleben. Dabei geht es konkret z. B. um Betriebskindergärten, Belegrechte für Mitarbeiterkinder in Betreuungseinrichtungen, Beratungs- und Vermittlungsdienste, Rückkehrprogramme nach Familienphasen, flexible Arbeitsmodelle etc.

Die Veränderung von Rahmenbedingungen für Familien beginnt jedoch in den Köpfen der Menschen. Die deutsche **Gesellschaft muß kinder- und familienfreundlicher werden**. Dabei handelt es sich um einen langfristigen Prozeß, auf den die Politik nur beschränkten Einfluß hat. Wir werden aber dazu beitragen, indem wir auf emotionalisierte Debatten, ideologisch motivierte Standpunkte und Schwarz-Weiß-Malerei verzichten.

Die FDP setzt sich dafür ein, daß die Möglichkeiten zur **Adoption** für Ehepaare und eingetragene Lebenspartnerschaften verbessert werden. So muß es möglich sein, daß der Altersabstand zwischen Adoptiveltern und Kind künftig 35 Jahre überschreitet. Außerdem darf Berufstätigkeit von Adoptiveltern und die Betreuung der Kinder durch Dritte kein Hinderungsgrund für die Adoption sein. Auch für Adoptionswillige müssen Familie und Beruf vereinbar sein, da eine wirtschaftliche Absicherung der Familie oft nicht anders möglich ist. Das Wohl des Kindes muß im Adoptionsverfahren im Mittelpunkt stehen.